

Lo-net GmbH  
Lehrer Online  
Nachrichtenredaktion  
Frau Stephanie Sellier  
Neusser Straße 93

50670 Köln



Freie Demokratische Partei  
Landesverband NRW

**Ralph Sterck**  
Hauptgeschäftsführer

Wolfgang-Döring-Haus  
Sternstraße 44  
40479 Düsseldorf

Fon 0211. 49 70 9-0  
Fax 0211. 49 70 9-50

sterck@fdp.de

www.fdp-lv-nrw.de

Bankverbindung:  
Deutsche Bank AG Düsseldorf  
Kto. 6 120 026  
BLZ 300 700 24

Düsseldorf, 05. Mai 2010

Sehr geehrte Frau Sellier,

wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 30. April 2010 und antworten auf Ihre Fragen wie folgt:

### **1.) Wie wollen Sie für ein höheres Maß an Bildungsgerechtigkeit für Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern sorgen?**

Eine frühzeitige Förderung aller Kinder muss bereits in der frühkindlichen Bildung ansetzen. Mit der Einführung von Familienzentren hat die von der FDP mitgetragene Regierungskoalition einen wesentlichen Schritt in der Weiterentwicklung der Tageseinrichtungen für Kinder hin zu einem umfassenden Dienstleistungsnetzwerk für Familien gemacht. Unter Rot-Grün gab es diese wertvolle Unterstützung für Familien noch nicht. Familienzentren sind Treffpunkte für Familien und bieten ein niedrigschwelliges Angebot der Beratung, der Bildung und der Unterstützung. Inzwischen ist ein breites und regional dichtes Feld zertifizierter Familienzentren entstanden, das weiter ausgebaut wird. Zurzeit gibt es rund 1.750 Tageseinrichtungen für Kinder, die sich zu Familienzentren weiterentwickelt haben oder auf dem Weg sind, Familienzentren zu werden. Zum 1. August 2010 werden es 2.000 sein.

Darüber hinaus haben wir die Betreuungsplätze für Unterdreijährige massiv ausgebaut. Ende dieses Jahres werden über 100.000 Betreuungsplätze für Unterdreijährige zur Verfügung stehen. Gegenüber der von Rot-Grün hinterlassenen Ausgangslage von 11.800 Plätzen haben wir das Platzangebot mehr als veracht-facht. Zudem ist die Sprachförderung für Kinder in den Tageseinrichtungen deutlich verbessert worden. Wir haben eine systematische Sprachstandsfeststellung (verbindliche Sprachstandsfeststellungen durch Koppelung an die Schulpflicht) und Sprachförderung im vierten Lebensjahr eingeführt. Hierfür stellen wir mit 29,9 Millionen Euro vier Mal so viel Geld für die frühkindliche Sprachförderung zur Verfügung wie noch Rot-Grün im Jahr 2005. Im Kindergartenjahr 2010/2011 werden bereits 77.000 Kinder an solchen Maßnahmen teilnehmen und davon profitieren.

Trotz der schwierigen Haushaltslage hat die von der FDP mitgetragene Regierungskoalition die Landesförderung für frühkindliche Bildung für das Haushalts-

jahr 2010 abermals aufgestockt. Mit 1,26 Milliarden Euro stellen wir für den Bereich der frühkindlichen Bildung 40 Prozent mehr Mittel zur Verfügung als noch Rot-Grün im Jahr 2005. Diese Mittel sollen vor allem für den Ausbau der U 3-Betreuung und für den Ausbau der Familienzentren verwendet werden. Damit Nordrhein-Westfalen noch kinder- und familienfreundlicher wird, haben wir die Haushaltsmittel für das Jahr 2010 allein für die Familienzentren um weitere 4,5 Millionen Euro erhöht. Dieses Geld soll insbesondere den Familienzentren zuarbeitenden Institutionen wie Familienbildung und Familienberatung zu gute kommen und somit die steigende Nachfrage nach diesen Angeboten für die Familien sicher stellen. Darüber hinaus setzen wir Liberale uns für ein „Familienzentrum plus“ ein, mit dem die an fünfzig Brennpunktstandorten bestehenden Familienzentren die Beratungs- und Sozialarbeit intensivieren können.

Nach jahrelanger rot-grüner Bildungspolitik wurde am Ende der letzten Legislaturperiode offiziell festgestellt, dass in keinem anderen Bundesland der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und dem schulischen Erfolg so groß war wie in Nordrhein-Westfalen. Unter der Regierungsverantwortung der FDP sind in den vergangenen Jahren vielfältige Maßnahmen ergriffen worden, um die Durchlässigkeit des Bildungssystems zu verbessern und die Chancengerechtigkeit zu stärken. Zusätzliche finanzielle Mittel und damit verbundene tausende zusätzlicher Stellen für die frühkindliche Sprachförderung, den Ausbau des Sprachunterrichts, für die individuelle Förderung, die Verbesserung der Durchlässigkeit des Schulsystems, Programme gegen die Schulmüdigkeit, Integrationsstellen sowie Sozialindexstellen für Schulen in sozial schwierigem Umfeld bilden wichtige Bausteine, die für die Verbesserung der Chancengerechtigkeit von Kindern aus bildungsfernen Schichten beigetragen haben. So liegt z. B. die Quote der Schulabsteiger im Verhältnis zu den Schulaufsteigern zum Schuljahr 2009/2010 bei 7 zu 1, unter Rot-Grün lag sie in den Jahren 2000 bis 2005 im Mittel dagegen noch bei 15 zu 1. Die Zahl der Klassenwiederholer und der Unterrichtsausfall sind nahezu halbiert worden und der Anteil der Kinder, die die Schulen ohne einen Abschluss verlassen, ist deutlich gesunken. Auch hat sich die Zahl der Kinder, die z.B. von den Realschulen an die gymnasialen Oberstufen wechseln, merklich erhöht.

Die FDP möchte diese Anstrengungen in den nächsten Jahren konsequent fortsetzen und durch mehr individuelle Förderung jedes einzelne Kind, unabhängig von seiner sozialen oder ethnischen Herkunft, bestmöglich fördern. Neben der bürokratischen Entlastung der Schulen steht für die FDP besonders auch die kontinuierliche Verkleinerung der Klassen in der nächsten Legislaturperiode im Zentrum schulpolitischen Handelns. Mittelfristig soll keine Klasse mehr als 25 Schüler haben, um die Pädagogen zu entlasten und die individuelle Förderung der Kinder und Jugendlichen zu stärken.

## **2.) Wie und mit welchen Ressourcen werden Sie die Ganztagschule weiter ausbauen?**

Unter Regierungsbeteiligung der FDP sind seit 2005 8.124 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen worden. Gleichzeitig haben wir 9.200 Stellen aus rückläufigen Schülerzahlen im System belassen. Für die Liberalen bildet die verbesserte finanzielle Ausstattung der Bildungspolitik einen zentralen politischen Schwerpunkt. Wir haben in den letzten Jahren allein den Haushalt für Schule und Weiterbildung seit 2005 um 2 Milliarden Euro erhöht. Im Schuljahr 2009/2010 werden pro Schüler fast 1.000 Euro mehr ausgegeben als vor dem Regierungswechsel. Den Anteil der Bildungsausgaben für die frühkindliche Bildung, die Schul- und die Hochschulbildung an den Gesamtausgaben des Landes haben wir von 36,7 Prozent im Jahr 2005 auf 40,5 Prozent im Jahr 2009 erhöht. Das ist der höchste

Wert aller Bundesländer. Die FDP will auch in den nächsten Jahren einen zentralen politischen Schwerpunkt bei der Bildung setzen.

Während SPD und Grüne allen weiterführenden Schulen außer den Gesamtschulen den Ganztagsausbau verweigert haben, verfügt inzwischen rund jede zweite der Hauptschulen über ein Ganztagsangebot. Allein in den Jahren 2009/2010 baut Nordrhein-Westfalen insgesamt 216 Gymnasien und Realschulen zu Ganztagschulen aus. Weitere sollen in den nächsten Jahren folgen. Die FDP möchte den Ganztags als ein Angebot für die Eltern und Kinder gestalten. Daher haben wir in den vergangenen Jahren die Anzahl der Plätze an den Offenen Ganztagsgrundschulen kontinuierlich erhöht. Standen 2005 lediglich 71.000 Plätze zur Verfügung, werden im Jahr 2010 225.000 Plätze bereit gestellt; hierfür haben wir die Landesmittel von 55,5 Millionen Euro auf rund 248 Millionen Euro erhöht. Den Anteil der offenen Ganztagsgrundschulen konnten wir im Vergleich zu Rot-Grün von 20 Prozent auf über 85 Prozent steigern. Für den Ausbau des erweiterten Ganztags an Haupt- und Förderschulen wurden 1.031 Lehrerstellen zur Verfügung gestellt, für die Ganztagsoffensive 390 Stellen, für die Übermittagsbetreuung 759 Stellen und die Anzahl der Stellen für die Offenen Ganztagschulen im Primarbereich haben wir von 440 im Jahr 2005 auf 1.920 im Jahr 2010 erhöht. Die FDP will den flächendeckenden, bedarfsgerechten und qualitativen Ausbau der Ganztagsangebote an allen Schulformen fortsetzen. Hierbei sollen in angemessener Entfernung jeweils ein Ganztags- und ein Halbtagsangebot bestehen, um die Wahlfreiheit sicherzustellen. Um ein umfassendes Angebot an Ganztags- und Halbtagschulen zu gewährleisten, soll der Ganztags flexibilisiert werden, so dass an einzelnen Schulen auch nur einzelne Klassenzüge eine Ganztagsförderung anbieten können. Bis 2015 will die FDP auf diesem Weg erreichen, dass mindestens jede zweite weiterführende Schule ein Ganztagsangebot vorhält.

### **3.) Wie und mit welchen Ressourcen wollen Sie das Recht von Menschen mit Behinderung auf inklusive Bildung realisieren (Umsetzung Artikel 24 der UN-Konvention)?**

Die FDP will die UN-Konvention mit dem Ziel der bestmöglichen Förderung aller Kinder umsetzen. Für die Liberalen ist die allgemeine Schule der vorrangige Lernort auch für Kinder mit Behinderungen. Eine von der Opposition geforderte Abschaffung der Förderschulen und die Einführung einer Einheitsschule lehnen die Liberalen jedoch ab. Viele Eltern wünschen sich für ihre Kinder den Besuch einer Förderschule, andere den Besuch des Gemeinsamen Unterrichts. Wir wollen die Pluralität der Förderorte erhalten, um den Bedürfnissen des individuellen Kindes entsprechen zu können. Die FDP möchte hierfür ein grundsätzliches Elternwahlrecht einführen. Förderschulen und Gemeinsamer Unterricht sollen nebeneinander bestehen und den Eltern eine Wahl des Förderorts ermöglichen, die nur zum Wohle des Kindes beschränkt werden kann.

In den Jahren der Regierungsverantwortung der FDP sind die Plätze der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Gemeinsamen Unterricht kontinuierlich gesteigert worden. Der Anteil ist bereits von 8,8 Prozent im Schuljahr 2000/2001 auf 16,1 Prozent im laufenden Schuljahr ausgeweitet worden. Hierfür wurde die Zahl der Lehrerstellen kontinuierlich um insgesamt mehrere hundert Stellen erhöht. Auf diesem Weg möchten die Liberalen voranschreiten. Die FDP will Schulen, die diesen Weg beschreiten, mit zusätzlichen Mitteln unterstützen.

Darüber hinaus sollen die Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung die unterschiedlichen Organisationsformen der sonderpädagogischen Förderung in einem System zusammenführen. Durch eine bessere Vernetzung zwischen

den Förderschulen und dem Gemeinsamen Unterricht soll mehr wohnortnahe, integrative Beschulung ermöglicht werden. So werden der Unterricht, die Diagnostik, die Beratung und die Prävention an den pluralen Förderorten gestärkt. Die Kompetenzzentren sollen zu einem Motor der Umsetzung der UN-Konvention werden.

**4.) Durch welche Maßnahmen wollen Sie die Integration von Kindern, Jugendlichen und Eltern mit Migrationshintergrund ins Schulleben verbessern?**

Das Leitbild der individuellen Förderung, Maßnahmen wie die frühkindliche Sprachförderung, die zusätzliche Sprachförderung in der Sekundarstufe I, die verstärkte Förderung der Herkunftssprachen oder die 3.000 Integrationsstellen an den Schulen bilden wichtige Bausteine, um allen Kindern, unabhängig von ihrer sozialen oder ethnischen Herkunft, bestmögliche Chancen zu eröffnen. Diese Chancen müssen selbstverständlich auch wahrgenommen werden. Und wir müssen zukünftig noch stärker unter den Abiturienten mit Migrationshintergrund für den Beruf des Lehrers werben. Da Gesellschaften nicht statisch sind und daher unter anderem die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung kontinuierlichen Veränderungen unterliegt, sollten diese Veränderungen sich auch in der Schule widerspiegeln. Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund nehmen aufgrund ihrer oftmals vorhandenen Mehrsprachigkeit, ihrer interkulturellen Kompetenz und auch durch das Wahrnehmen einer Vorbildfunktion eine wichtige und unverzichtbare Position im schulischen Leben ein.

In den vergangenen Jahren sind die Anstrengungen, Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund für die Ausbildung als Pädagogen zu gewinnen, verstärkt worden. Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang die frühzeitige Werbung unter Abiturienten, aber auch das „Netzwerk der Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte“ bildet hierbei einen wichtigen Baustein. Es sollte daher aus Sicht der FDP noch stärker um Lehramtsstudierende mit Migrationshintergrund und als außerschulische Partner geworben werden. Möglicherweise könnte auch ein vermehrter Einsatz beruflich erfolgreicher Migranten als Lernbegleiter Kinder und Jugendliche motivieren und einen Vorbildcharakter einnehmen.

**5.) Wie werden Sie die im Gesetz zur Reform der Lehrerbildung festgeschriebene Gleichwertigkeit der Lehrämter umsetzen?**

Mit der Reform des Lehrerausbildungsgesetzes haben wir die Lehrämter praxisorientierter ausgestaltet und das Grundschullehramt aufgewertet. Für das Jahr 2012 streben wir eine umfassende Dienstrechtsreform an. Die FDP will die Modernisierung und die Stärkung des öffentlichen Dienstes vorantreiben und den Leistungsgedanken stärken. Daher sollen bei einer Dienstrechtsreform besonders auch Elemente des Leistungsanreizes eine zentrale Rolle spielen. Im Zusammenhang mit dieser Dienstrechtsreform wird selbstverständlich auch die Frage der unterschiedlichen Lehrämter eine Rolle spielen.

**6.) Wie wollen Sie den Lehrermangel beheben und nachhaltig für qualifizierten Nachwuchs sorgen?**

2004 hatte Rot-Grün den Abbau von 16.000 Lehrerstellen bis zum Jahr 2013 beschlossen sowie darüber hinaus zwischen 1998 und 2004 3.500 Referendariatsplätze gestrichen. Die Ausbildung eines Lehrers dauert in der Regel sechs bis acht Jahre. Alle derzeit in den Schulen tätigen Lehrer haben spätestens zwischen 2001 und 2003 ihr Studium aufgenommen.

Die Koalition hat unter Regierungsbeteiligung der FDP in den vergangenen Jahren 8.124 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen und die Stellen im Vorbereitungsdienst kontinuierlich um über 3.000 Stellen erhöht. Darüber hinaus wurden weitere Maßnahmen zur Stellenbesetzung eingeleitet: Jede freie Stelle kann ausgeschrieben werden und es werden keine Stellen, wie unter Rot-Grün, gesperrt. Es wurde die vorzeitige verbindliche Einstellungszusage eingeführt. Es wird aktiv Werbung für den Lehrerberuf in Schulen und Universitäten betrieben, die Verbeamtungsgrenze wurde auf 40 Jahre erhöht. Weitere Maßnahmen bilden z. B. die Erhöhung der Stellen für den Vorbereitungsdienst, die Einführung von zwei Einstellungsterminen pro Jahr in den Vorbereitungsdienst, die Einstellung qualifizierter Seiteneinsteiger, die Flexibilisierung von Ganztagsmitteln, die Einstellung von Uni-Absolventen mit nur einem Fach, die Einrichtung von Zertifikatskursen, Qualifizierung (Lehrer) für Mangelfächer oder auch die Einführung des ergänzenden zweijährigen Sprintstudiums für Mangelfächer (Informatik, Kunst, Mathematik und Physik). Die FDP will diesen konsequenten Kurs zur Förderung des Lehramtsstudiums fortsetzen.

Um die Lehrerarbeitszeit fair und transparent zu gestalten, möchte die FDP ein Jahresarbeitszeitmodell einführen, das alle unterschiedlichen geleisteten Arbeiten, die sich auch über den Unterricht hinaus ergeben, erfasst. Hierbei soll es sich nicht um ein Einsparmodell handeln, sondern um ein gerechtes und flexibles Modell zur Erfassung aller geleisteten Tätigkeiten. So können auch Lehrerinnen und Lehrer mit Korrekturfächern entlastet werden. Auch muss in den Schulen die Bürokratie so reduziert werden, dass sich die Pädagogen wieder auf ihre Kernaufgaben, das Unterrichten, konzentrieren können. In den nächsten Jahren sollen rund 1.000 Schulverwaltungsassistentenstellen an den Schulen geschaffen werden, die jedoch nicht auf die Lehrerstellen angerechnet werden. Auch diese Maßnahmen können den Beruf des Pädagogen attraktiver gestalten.

Die Freien Demokraten möchten des Weiteren für das Studium von Mangelfächern Leistungsanreize im Rahmen der Stipendiensysteme oder durch Prämienmodelle einführen. Auch müssen im Rahmen der Dienstrechtsreform im Jahr 2012 verstärkt Leistungsanreize ermöglicht werden. Solche zusätzlichen Förderungsmöglichkeiten können als ein Anreizsystem wirken. Neben der Einführung von Leistungsanreizen und einer Erhöhung der Fortbildungsmittel auf 1,5 Prozent des Haushalts für Schule und Weiterbildung wollen wir darüber hinaus in den nächsten Jahren die Leitungszeit an Schulen sukzessive erhöhen.

### **7.) Soll der Beamtenstatus für Lehrkräfte beibehalten werden?**

Unter der Regierungsbeteiligung der FDP ist im vergangenen Jahr die Verbeamtungsgrenze auf 40 Jahre, unter Berücksichtigung sozialer Kriterien auch darüber hinaus, angehoben worden.

### **8.) Wie soll sich in Zukunft die Besoldung von beamteten und angestellten Lehrkräften bei gleicher Arbeitsleistung gestalten?**

Unsere grundsätzliche Haltung ist, dass Gehaltsunterschiede auf Ausbildungs- und Leistungsunterschieden beruhen sollten. Perspektivisch sollten daher bestehende Statusunterschiede, die nicht auf Leistungs- oder Ausbildungsunterschieden beruhen, ausgeglichen werden.

Aufgrund der schwierigen Haushaltslage haben wir zusätzliche Finanzmittel in den letzten Jahren zunächst für den Schwerpunkt der Einstellung zusätzlicher Lehrerinnen und Lehrern verwandt, um den massiven rot-grünen Unterrichtsausfall abzusenken und die individuelle Förderung zu stärken. Im Zuge der für das Jahr 2012 angekündigten großen Dienstrechtsreform ist es aus Sicht der FDP notwendig, trotz der hiermit ohne Frage verbundenen Schwierigkeiten auch über Statusfragen zu verhandeln.

Mit freundlichen Grüßen

Ralph Sterck  
Hauptgeschäftsführer